

II-4821 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XV. Gesetzgebungsperiode

Nr. 23621J

1983 -01- 21

A N F R A G E

der Abgeordneten DR. STEGER, DR. FRISCHENSCHLAGER, GRABHER-MEYER
an den Herrn Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz
betreffend das SAFE-Projekt einer Freileitung über den Radhausberg
im Gasteinertal

Nach vorliegenden Informationen beabsichtigt die Salzburger AG
für Elektrizitätswirtschaft - SAFE, an einer besonders exponierten
Stelle des Gasteinertales, eines Fremdenverkehrsgebietes mit etwa
2,5 Millionen Nächtigungen pro Jahr, eine Freileitung zu errichten.
Diese Leitung soll über den Radhausberg geführt werden, der von
ganz Badgastein aus zu sehen und einer der meistfotografierten Berge
ist.

Zwar hat die SAFE der Gemeinde Badgastein im Jahr 1967 die Verkabelung
der Leitung im Naßfeldertal am Fuß des Radhausberges vertraglich
zugesagt, doch wird nunmehr damit argumentiert, daß die Kosten dafür
ungleich höher seien als beim Bau einer Freileitung. Abgesehen davon,
daß hier jedenfalls eine rechtsverbindliche Zusage vorliegt, wird
bei den von der SAFE angestellten Kostenvergleichen geflissentlich
außer Betracht gelassen, daß die Errichtung von Freileitungen in
landschaftlich so reizvollen Gebieten wie dem Gasteinertal dazu
angetan ist, der Fremdenverkehrswirtschaft schweren Schaden zuzufügen.
Daß damit die Gefährdung einer Vielzahl von Arbeitsplätzen einhergeht,
bedarf wohl keiner näheren Erläuterung.

Überhaupt vertreten die Anfragesteller die Auffassung, daß Freileitungen sich in vielen Regionen Österreichs schon längst als echter Übelstand erwiesen haben, weil sie das Landschaftsbild zerstören bzw. den Naturschutzinteressen zuwiderlaufen. Es sollten daher, wo immer es sich um natur- bzw. landschaftsschutzwürdige Gebiete handelt, von der Elektrizitätswirtschaft tunlichst nicht nur keine neuen Freileitungen gebaut werden, sondern es müßte von allen zuständigen Stellen der Bundesregierung vielmehr auch ernsthaft die Möglichkeit geprüft werden, bereits bestehende Freileitungen nach und nach durch Verkabelungen zu ersetzen. Dem gerade derzeit so vorrangigen Erfordernis der Schaffung neuer Arbeitsplätze könnte dadurch wesentlich sinnvoller entsprochen werden als durch verschiedene - wenig erfolgreiche - Versuche der Bundesregierung.

Unter Bezugnahme auf den oben dargelegten Sachverhalt richten die unterzeichneten Abgeordneten an den Herrn Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz

A n f r a g e :

1. Wie nehmen Sie zu dem in Rede stehenden Vorhaben der SAFE und zu der damit verbundenen grundsätzlichen Problematik Stellung?
2. Was wurde bzw. wird von Ihrer Seite unternommen, um darauf Einfluß zu nehmen, daß das bewußte Projekt im Interesse des Umwelt- bzw. Landschaftsschutzes nicht zur Ausführung gelangt?

Wien, 1983-

7